

## Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsverzeichnis . . . . .	IX
Abbildungsverzeichnis . . . . .	XXI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
Einleitung und Gang der Untersuchung . . . . .	1
A. Einleitung . . . . .	1
B. Gang der Untersuchung, thematische Ein- und Ausgrenzungen und Erkenntnisinteresse . . . . .	3
1. Teil: Tatsächliche Hintergründe und Eröffnung des Konkurrenzverhältnisses . . . . .	7
A. Phänomenologie der Bewertungsportale: Entwicklung, Relevanz und Geschäftsmodelle . . . . .	7
B. Konkurrenz von Äußerungsrecht und Datenschutzrecht . . . . .	30
2. Teil: Vergleich zwischen den spezifischen Ausprägungen des Äußerungs- und Datenschutzrechts in Bezug auf Bewertungsportale . . . . .	49
A. Grundrechtsschutz der Beteiligten und Pfadabhängigkeiten des Persönlichkeitsschutzes im Rahmen der Abwägung . . . . .	49
B. Verantwortlichkeitskonzepte im Äußerungs- und Datenschutzrecht . .	160
C. Haftungsprivilegierungen der E-Commerce-Richtlinie und des TMG	179
D. Anonymität als Hindernis bei der Anspruchsdurchsetzung? . . . . .	221

3. Teil: Weichenstellung zwischen Datenschutz- und Äußerungsrecht: Das Medienprivileg . . . . .	255
A. Ausgangspunkt: Art. 85 DSGVO . . . . .	256
B. Art. 85 Abs. 2 DSGVO: Bewertungsabgabe und Betrieb des Bewertungsportals als Journalismus? . . . . .	262
C. Exkurs: Möglichkeit einer Befreiung über Art. 85 Abs. 1 DSGVO . .	329
Zusammenfassung in Thesen . . . . .	347
Literaturverzeichnis . . . . .	355
Sachregister . . . . .	375

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Abbildungsverzeichnis . . . . .	XXI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
Einleitung und Gang der Untersuchung . . . . .	1
A. Einleitung . . . . .	1
B. Gang der Untersuchung, thematische Ein- und Ausgrenzungen und Erkenntnisinteresse . . . . .	3
1. Teil: Tatsächliche Hintergründe und Eröffnung des Konkurrenzverhältnisses . . . . .	7
A. Phänomenologie der Bewertungsportale: Entwicklung, Relevanz und Geschäftsmodelle . . . . .	7
I. Was ist ein Bewertungsportal? . . . . .	7
II. Anfänge und Entwicklung . . . . .	8
1. Beginn: Portale mit breitem Spektrum . . . . .	8
2. Zunehmende Ausdifferenzierung . . . . .	8
3. Implementierung in soziale Netzwerke und Plattformen . . . . .	9
III. Überblick über die bestehenden Portale . . . . .	10
IV. Relevanz der Portale: Wie beeinflussen sie Konsumentenentscheidungen? . . . . .	11
1. Soziologische Grundlagen: Vertrauen und seine Rolle im digitalen Kontext . . . . .	12
2. Einfluss von Bewertungen auf die Konsumentenentscheidung	15
a) Orientierungshilfe . . . . .	15
aa) <i>Online-word-of-mouth</i> im Vergleich mit analogen Informationsquellen . . . . .	15
bb) Intransparenz des Dienstleistungssektors . . . . .	17
cc) Vertrauen in Nutzerbewertungen . . . . .	18

b) (Gefühlte) Objektivität und <i>Trust-In-Numbers</i> . . . . .	21
c) Empirie . . . . .	22
3. Praktische Relevanz für die Bewerteten . . . . .	24
a) Nahezu vollständige Abdeckung der Gewerbetreibenden auf Bewertungsportalen . . . . .	24
b) Werbeeffekt, Erleichterung der Auffindbarkeit und Feedbackmöglichkeiten . . . . .	25
c) Manipulationsgefahren und zusätzlicher Imagepflegeaufwand	26
V. Geschäftsmodelle . . . . .	27
1. Neutrales Geschäftsmodell . . . . .	27
2. Eigene Verkaufs- oder Vermittlungstätigkeit . . . . .	28
3. Werbemöglichkeiten für den Bewerteten . . . . .	29
4. Staatlich finanzierte Bewertungsportale . . . . .	29
5. Zwischenfazit . . . . .	30
B. Konkurrenz von Äußerungsrecht und Datenschutzrecht . . . . .	30
I. Eröffnung des Anwendungsbereichs des Datenschutzrechts . . . . .	31
1. Personenbezogene Daten . . . . .	31
a) Betroffene Person . . . . .	31
b) Information und Personenbezug . . . . .	32
c) Identifiziert oder identifizierbar . . . . .	32
2. Verarbeitung . . . . .	32
a) Einrichtung des Profils . . . . .	33
b) Abgabe der Bewertung . . . . .	34
aa) Erhebung von Daten durch den Bewertenden? . . . . .	34
bb) Erheben von Daten durch den Portalbetreiber . . . . .	34
c) Einpflegen der Bewertung im Portal . . . . .	36
d) Zusammenfassung . . . . .	37
II. Anwendbarkeit der Haushaltssausnahme? . . . . .	38
1. Keine Anwendung auf das Bewertungsportal . . . . .	39
2. Anwendung auf die Tätigkeit des Bewertenden? . . . . .	39
III. Keine Bereichsausnahme durch das Medienprivileg . . . . .	42
1. Funktion und Ausgestaltung des Medienprivilegs . . . . .	43
2. <i>Lex lata</i> zum Medienprivileg . . . . .	44
a) Unionsrechtliche Vorgaben . . . . .	44
b) Medienprivilegien im deutschen Recht . . . . .	44
3. Anwendbarkeit des Medienprivilegs auf Bewertungsportale?	45
a) Anwendbarkeit des MStV . . . . .	45
b) Telemedium . . . . .	45
c) Journalistischer Zweck der Verarbeitung . . . . .	45
d) Zwischenergebnis . . . . .	46

IV. Anwendbarkeit von Art. 2 Abs. 4 DSGVO? . . . . .	46
V. Zwischenergebnis . . . . .	47
 2. Teil: Vergleich zwischen den spezifischen Ausprägungen des Äußerungs- und Datenschutzrechts in Bezug auf Bewertungsportale . . . . .	49
A. Grundrechtsschutz der Beteiligten und Pfadabhängigkeiten des Persönlichkeitsschutzes im Rahmen der Abwägung . . . . .	49
I. Maßgebliche Grundrechtsebenen im Äußerungs- und Datenschutzrecht . . . . .	49
II. Äußerungsrecht: Grundrechtsschutz nach dem GG . . . . .	53
1. Rechte des Bewerteten . . . . .	54
a) Allgemeines Persönlichkeitsrecht . . . . .	55
aa) Grundlagen: Offener Tatbestand und Charakteristik als Rahmenrecht . . . . .	56
bb) Schutz der Selbstdarstellung und sozialer Geltungsanspruch . . . . .	57
cc) Recht der persönlichen Ehre . . . . .	59
dd) Recht auf informationelle Selbstbestimmung . . . . .	60
(1) Grundlagen . . . . .	60
(2) Informationelle Selbstbestimmung im nichtstaatlichen Sektor . . . . .	63
(3) Kritik und Neukonzeption des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung . . . . .	63
(a) Kritik am Recht auf informationelle Selbstbestimmung insb. im Hinblick auf die Kommunikationsfreiheiten . . . . .	63
(b) <i>Recht auf Vergessen I</i> -Beschluss und die grundrechtliche Neukonzeption der informationellen Selbstbestimmung . . . . .	65
(4) Einordnung von Bewertungen und der Tätigkeit von Bewertungsportalen . . . . .	67
(a) 1. und 3. Phase: Einrichtung des Profils und Strukturierung der Bewertungen . . . . .	68
(b) 2. Phase: Bewertungsabgabe . . . . .	70
(5) Zwischenergebnis . . . . .	71
ee) Recht am eigenen Wort . . . . .	71
b) Berufsfreiheit . . . . .	72
c) Exkurs: Unternehmenspersönlichkeitsrecht . . . . .	73

d) Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb . . . . .	74
2. Rechte des Bewertenden . . . . .	74
3. Rechte des Portalbetreibers . . . . .	75
a) Kommunikationsgrundrechte . . . . .	75
aa) Ermöglichung und Verbreitung von Bewertungen . . . . .	75
(1) Rechtsprechung . . . . .	76
(2) Literatur . . . . .	77
(3) Stellungnahme: Schutz durch Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG	78
bb) Eigene Auswahl- und Sortierungsleistungen des Portals	81
cc) Zwischenergebnis . . . . .	83
b) Berufsfreiheit . . . . .	84
4. Interessen der Allgemeinheit . . . . .	84
5. Zwischenergebnis . . . . .	85
III. Äußerungsrechtliche Abwägungskriterien . . . . .	85
1. Ermittlung des Aussagegehalts . . . . .	86
a) Ausgangspunkt: Abgrenzung zwischen Meinung und Tatsachenbehauptung . . . . .	86
b) Einordnung von Nutzerbewertungen . . . . .	87
aa) Wertende und tatsächliche Elemente der Bewertung als einheitliche Meinungsaußerung . . . . .	88
bb) Auswirkungen der Richtigkeit der Belegtatsachen in der Abwägung . . . . .	90
c) Sonderproblem bloße Sternebewertungen: Implizite Tatsachengrundlage bei Sternebewertung? . . . . .	91
d) Zwischenergebnis . . . . .	93
2. Sphärenabhängiger Persönlichkeitsschutz . . . . .	93
a) Sphärentheorie . . . . .	94
b) Kritik an der Anwendung der Sphärentheorie auf Onlinebewertungen . . . . .	95
c) Einordnung von Bewertungsportalen . . . . .	96
aa) Öffentlichkeitsabgewandte „Persönlichkeitsbewertungen“	96
bb) Bewertungen außerhalb eines beruflichen Kontexts . . . . .	97
cc) Bewertung öffentlichkeitszugewandter beruflicher Tätigkeiten: Freiberufler und Selbstständige . . . . .	98
dd) Bewertung von Staatsdienstern und Angestellten . . . . .	100
d) Zwischenergebnis . . . . .	101
3. Abwägungsregeln für Meinungsausserungen . . . . .	101
a) Zurücktreten der Meinungsfreiheit bei Schmähkritik und Formalbeleidigung . . . . .	101
b) Vermutung für die freie Rede . . . . .	102

c) Wahrheitsgehalt von Tatsachenbehauptungen und Beweislast . . . . .	103
d) Anonymität der Bewertung . . . . .	105
e) Keine Anwendung der Warentestkriterien . . . . .	109
f) Berücksichtigung der Interessen des Portals und der Nutzer . . . . .	110
4. Zwischenergebnis . . . . .	111
IV. Datenschutzrecht: Grundrechtsschutz nach der GRCh . . . . .	111
1. Erkenntnisquellen . . . . .	111
2. Rechte des Bewerteten: Art. 7 und 8 GRCh . . . . .	113
a) Rechtsquellen . . . . .	113
b) Unbeachtlichkeit des Art. 16 AEUV . . . . .	113
c) Datenschutz in der GRCh: Das komplizierte Verhältnis zwischen Art. 7 und 8 GRCh . . . . .	114
aa) Art. 7 GRCh und Art. 8 EMRK: Privatheit als Fundament des Datenschutzrechts? . . . . .	115
bb) Art. 8 GRCh: Informationelle Selbstbestimmung oder Ausgestaltungsauftrag? . . . . .	118
(1) Zum Verbotscharakter des Art. 8 Abs. 1 GRCh: Europäisches Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung? . . . . .	119
(2) Objektiv-rechtliche Dimension des Art. 8 GRCh . . . . .	120
cc) Zusammenschau von Art. 7 und 8 GRCh durch den EuGH . . . . .	121
dd) Diskussion und Ergebnis . . . . .	123
d) Rechte des Bewertenden . . . . .	125
e) Rechte des Portalbetreibers . . . . .	128
f) Interessen der Allgemeinheit . . . . .	130
V. Datenschutzrechtliche Abwägungskriterien . . . . .	131
1. Abwägungsabhängigkeit der Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung . . . . .	132
2. Prüfungsstruktur des Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO . . . . .	133
a) Berechtigtes Interesse des Verantwortlichen oder eines Dritten . . . . .	133
b) Erforderlichkeit zur Wahrung des berechtigten Interesses . . . . .	135
c) Kein Überwiegen der Interessen, Grundrechte oder Grundfreiheiten der betroffenen Person; Interessenabwägung . . . . .	136
aa) Ausgangspunkt: Vernünftige Erwartungen des Betroffenen (Erwägungsgrund Nr. 47 DSGVO) . . . . .	136
bb) Interessenabwägung . . . . .	138
(1) Bereits veröffentlichte Daten . . . . .	138
(2) Betroffener Lebensbereich . . . . .	139

(3) Geschäftsmodell des Portals . . . . .	141
(4) Informationsinteresse der Öffentlichkeit . . . . .	142
(5) Breitenwirkung des Internets; Übertragbarkeit der <i>Google Spain</i> -Formel? . . . . .	142
(a) Fortgeltung der Abwägungsregel des EuGH in <i>Google Spain</i> . . . . .	143
(b) Keine Anwendbarkeit der Regelvermutung auf Bewertungsportale . . . . .	146
(6) Besondere Berücksichtigung der „mitgelöschten“ Nutzerbeiträge? . . . . .	147
(7) Zwischenergebnis . . . . .	148
<b>VI. Unterschiede zwischen den Schutzregimes . . . . .</b>	<b>149</b>
1. Grundrechtliche Ebene . . . . .	149
a) Konzeptioneller Unterschied: Vorfeldschutz des Datenschutzrechts und äußerungsrechtlicher Rechtsschutz <i>ex post</i> . . . . .	149
b) Ungesichertes grundrechtliches Fundament des Datenschutzes im Unionsrecht . . . . .	152
c) Grundrechtliche Trennung von Datenschutz und Äußerungsrecht im GG, nicht aber in GRCh . . . . .	153
2. Abwägungsregeln . . . . .	155
a) Geringerer Inhaltsbezug des Datenschutzrechts wegen fehlender Anknüpfung an Kommunikationsfreiheiten . . . . .	156
b) Entgegengesetzte Vermutungsregeln? . . . . .	157
c) Mangelnde datenschutzrechtliche Spruchpraxis im Vergleich zum Äußerungsrecht . . . . .	158
<b>VII. Einfluss der Grundrechtsebene auf Bewertungsportale . . . . .</b>	<b>159</b>
<b>B. Verantwortlichkeitskonzepte im Äußerungs- und Datenschutzrecht . . . . .</b>	<b>160</b>
I. Äußerungsrechtliche Verantwortlichkeit für die Inhalte auf Bewertungsportalen . . . . .	161
1. Abstufungen der Haftungsarten in der Rechtsprechung . . . . .	162
2. Haftung des Bewertenden als unmittelbarer Störer . . . . .	162
3. Haftung des Bewertungsportals als mittelbarer Störer: „Störerhaftung“ . . . . .	163
a) Qualifizierte Beschwerde des Bewerteten . . . . .	164
b) Stellungnahme des Bewertenden . . . . .	165
c) Weiterleitung der Stellungnahme an den Bewerteten . . . . .	166
4. Zwischenergebnis . . . . .	166
II. Das Konzept der datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeit . . . . .	167
1. Verantwortlichkeit des Bewertenden? . . . . .	167

a) Eingrenzung der Verarbeitungsschritte, an denen der Bewertende beteiligt ist . . . . .	168
b) Keine alleinige Verantwortlichkeit des Bewertenden . . . . .	169
c) Gemeinsame Verantwortlichkeit von Bewertendem und Bewertungsportal? . . . . .	170
aa) Gemeinsame Entscheidung über den Zweck der Verarbeitung? . . . . .	171
bb) Gemeinsame Entscheidung über Mittel der Verarbeitung? (1) Verantwortlichkeit aufgrund der Hoheit über die technische Infrastruktur: Portal als „Herr der Daten“ (2) Gegenüberstellung der EuGH-Rechtsprechung zur gemeinsamen Verantwortlichkeit . . . . .	174
(3) Einordnung der Tätigkeit des Bewertenden . . . . .	175
2. Zwischenergebnis: Alleinige datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit des Bewertungsportals . . . . .	177
III. Unterschiede der Verantwortlichkeitskonzepte und ihr Einfluss auf die Verantwortungszuweisung an die Beteiligten . . . . .	178
C. Haftungsprivilegierungen der E-Commerce-Richtlinie und des TMG	179
I. Äußerungsrechtliche Verantwortlichkeit des Bewertungsportals .	181
1. Haftung für Bewertungen: Haftungsprivilegierungen für nutzergenerierte Inhalte . . . . .	181
a) Begriffliche Differenzen und maßstäbliche Konvergenzen im deutschen und unionalen Haftungsrecht . . . . .	182
b) Analyse der BGH-Rechtsprechung: Rezeption der unionsrechtlichen Rahmenbedingungen . . . . .	185
aa) BGH, Urt. v. 19.3.2015 – I ZR 94/13 ( <i>Hotelbewertungsportal</i> ) . . . . .	186
bb) BGH, Urt. v. 4.4.2017 – VI ZR 123/16 ( <i>klinikbewertungen.de</i> ) . . . . .	188
cc) BGH, Urt. v. 20.2.2018 – VI ZR 30/17 ( <i>Ärztebewertungsportal III</i> ) . . . . .	189
dd) Zwischenergebnis . . . . .	190
c) Literatur . . . . .	192
aa) Vorprägung der Bewertungen durch Kategorisierung?	192
(1) Meinungsspektrum in der Literatur . . . . .	193
(2) Stellungnahme . . . . .	194
bb) Filtermechanismen als passiv-technische Vermittlertätigkeit? . . . . .	196
d) Fazit . . . . .	198
2. Durchschnittswerte und Empfehlungen . . . . .	199

II.	Anwendbarkeit und Reichweite des Hostproviderprivilegs im Datenschutzrecht . . . . .	201
1.	Hintergrund der Problematik: Konkurrenz der Anwendungsbereiche von DSGVO und ECRL . . . . .	201
2.	ECRL als <i>lex specialis</i> ? . . . . .	202
3.	Anwendung der Haftungsprivilegierungen auf die datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit? . . . . .	204
a)	EuGH-Rechtsprechung: „Verdeckte“ Anwendung der ECRL? . . . . .	204
b)	BGH-Rechtsprechung: Datenschutzrechtliche Störerhaftung . . . . .	206
c)	Literatur: Nebeneinander der verschiedenen Verantwortlichkeitskonzepte . . . . .	206
4.	Stellungnahme und Lösungsansatz . . . . .	207
a)	Keine Verdrängung der ECRL durch die DSGVO . . . . .	207
b)	Keine Modifikation der datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeit durch die ECRL; Differenzierung zwischen datenschutzrechtlicher Verantwortlichkeit und allgemeiner Haftung . . . . .	208
5.	Auswirkungen der ECRL im Datenschutzrecht . . . . .	209
a)	Proaktive Pflichten: Keine Haftung . . . . .	210
b)	Aktiv geltend zu machende Betroffenenrechte als Haftung? . . . . .	210
c)	Einschränkende Auslegung des Begriffs Haftung innerhalb der DSGVO: Binnendifferenzierung zwischen Verantwortung und Haftung . . . . .	211
6.	Ergebnis . . . . .	213
III.	Auswirkungen der Pfadabhängigkeit . . . . .	214
1.	Einfluss der Privilegierungstatbestände auf äußerungsrechtliche und datenschutzrechtliche Anspruchsgrundlagen . . . . .	214
a)	Äußerungsrecht: <i>Notice-and-takedown</i> -Verfahren im Rahmen des Unterlassungsanspruchs . . . . .	215
b)	Datenschutzrecht: Fehlen von Erkenntnismöglichkeiten des Portals im Löschungsverfahren . . . . .	215
c)	Zwischenergebnis . . . . .	216
2.	Vergleichbarer Schutz über Art. 17 Abs. 3 lit. a DSGVO? . . . . .	217
a)	Keine eigenständige Bedeutung des Art. 17 Abs. 3 lit. a DSGVO im Verhältnis zu Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO . . . . .	217
b)	Keine Abhilfe bezüglich des Informationsdefizits des Portals . . . . .	219
3.	Zwischenergebnis . . . . .	219
IV.	Ausblick zur DSM-Strategie der EU: Übertragbarkeit der Ergebnisse zur ECRL . . . . .	220
D.	Anonymität als Hindernis bei der Anspruchsdurchsetzung? . . . . .	221

I.	Anonymität auf Bewertungsportalen . . . . .	221
II.	Eingeschränkter zivilrechtlicher Auskunftsanspruch gegen das Bewertungsportal . . . . .	223
	1. Bisherige Rechtslage: Zweistufiges Verfahren . . . . .	223
	2. Einheitliche Lösung in § 21 TTDSG . . . . .	224
	3. Fazit . . . . .	227
III.	Datenschutzrechtliche Identifikationsmöglichkeiten: Das Ende der Anonymität? . . . . .	228
	1. Informationspflicht gem. Art. 14 DSGVO . . . . .	229
	a) Anwendbarkeit des Art. 14 DSGVO . . . . .	229
	b) Umfang der Informationspflicht . . . . .	230
	c) Keine Ausnahmen . . . . .	232
	aa) Unionsrechtliche Ausnahmen: Art. 14 Abs. 5 DSGVO	233
	bb) Sektorspezifischer Datenschutz des TTDSG . . . . .	238
	(1) Verhältnis von BDSG und TTDSG . . . . .	238
	(2) Systematik des speziellen Telemediendatenschutzes	238
	(3) Keine Auskunftsbeschränkende Dimension des § 21 Abs. 2 S. 1 TTDSG . . . . .	239
	(4) Exkurs: Potenzielle Vereinbarkeit einer auskunftsbeschränkenden Wirkung des § 21 Abs. 2 TTDSG mit Art. 23 DSGVO? . . . . .	239
	(5) Zwischenergebnis . . . . .	246
	cc) Ausnahmen im BDSG . . . . .	247
	dd) Ergebnis . . . . .	250
	d) Materielle Rechtmäßigkeit der Herausgabe der Nutzerdaten	250
	e) Exkurs: Informationspflichten bei der Verantwortlichkeit des Nutzers . . . . .	251
	2. Auskunftsanspruch . . . . .	252
IV.	Vergleich und Fazit . . . . .	253
3. Teil:	Weichenstellung zwischen Datenschutz- und Äußerungsrecht: Das Medienprivileg . . . . .	255
A.	Ausgangspunkt: Art. 85 DSGVO . . . . .	256
	I. Sinn und Zweck des Medienprivilegs . . . . .	256
	II. Systematik des Art. 85 DSGVO . . . . .	258
	III. Bereichsausnahme oder Einzelfallentscheidung? . . . . .	259
	1. Alter und neuer deutscher Lösungsansatz: Normative Bereichsausnahme . . . . .	259

2.	Alternativer Ansatz in der Literatur:	
	Medienprivileg als Abwägungsklausel . . . . .	259
3.	Stellungnahme und vermittelnde Lösung:	
	Abwägungsklausel als Ergänzung zur Bereichsausnahme . . .	260
B.	Art. 85 Abs. 2 DSGVO: Bewertungsabgabe und Betrieb des	
	Bewertungsportals als Journalismus? . . . . .	262
I.	Das Medienprivileg <i>de lege lata</i> : § 23 MStV . . . . .	263
1.	Beschränkung auf Unternehmen und Hilfsunternehmen	
	der Presse . . . . .	264
2.	Exkurs: Bewertende als Presseunternehmen? . . . . .	268
3.	Journalistische Zwecke . . . . .	270
4.	Fazit . . . . .	276
II.	Unions- und konventionsrechtliche Perspektive: Bedarf einer	
	unionsrechtsautonomen Auslegung des Journalismusbegriffs	
	beim Medienprivileg . . . . .	277
1.	EuGH-Rechtsprechung in <i>Satamedia</i> und <i>Buivids</i> :	
	Unionsrechtliche Determination des Journalismusbegriffs . . .	277
2.	EGMR-Rechtsprechung und Wechselwirkungen mit	
	der Interpretation des Unionsrechts . . . . .	279
3.	Vergleich mit § 23 MStV und dem Verständnis in Literatur und	
	Rechtsprechung: Nebeneinander von unionsrechtsautonomem	
	Journalismusbegriff und sonstigem Pressesonderrecht . . . .	280
4.	Fazit und Einordnung von Bewertungsportalen nach dem	
	datenschutzrechtlichen Journalismusbegriff . . . . .	282
III.	Erforderlichkeit als limitierendes Element . . . . .	284
1.	Der enge Notwendigkeitsvorbehalt und die inneren	
	Widersprüche in der EuGH-Rechtsprechung . . . . .	285
2.	Arbeitsweisebezogene Abgrenzungsmethode:	
	Übernahme der EGMR-Kriterien als Einfallstor für	
	publizistisch-sorgfaltspflichtbezogene Differenzierung? . . . .	286
3.	Strukturelle und funktionale Geeignetheit von Datenschutz-	
	und Äußerungsrecht als Maßstab für die Anwendbarkeit	
	des Medienprivilegs? Die strukturmerkmalsbezogene	
	Abgrenzungsmethode als Alternative . . . . .	287
a)	Strukturmerkmale von Datenschutz- und Äußerungsrecht	
	und ihre Relevanz für die Abgrenzung . . . . .	288
b)	Einrichtung des Profils . . . . .	291
c)	Bewertungsabgabe und -verbreitung . . . . .	293
d)	Eigene Wertungen und Beiträge des Bewertungsportals . .	295
e)	Zusammenfassung . . . . .	297

4. Diskussion und Fazit . . . . .	298
a) Kein Gleichlauf zwischen Erforderlichkeit und äußerungsrechtlicher Zulässigkeit nach den EGMR-Kriterien	299
b) EGMR-Kriterien zur Arbeitsweise als vorweggenommene Abwägung der Erforderlichkeit . . . . .	300
c) Konkurrenzverhältnis zwischen arbeitsweise- und strukturmerkmalsbezogener Abgrenzung: nebeneinander, nicht gegeneinander . . . . .	301
aa) Bloße Indizwirkung der EGMR-Kriterien . . . . .	302
bb) Disziplinierungs- und Kontrollfunktion des engen Erforderlichkeitsvorbehalts . . . . .	304
cc) Funktionsbezogene Potenziale der EuGH-Rechtsprechung bei der Bestimmung der Erforderlichkeit . . . . .	305
dd) Verhältnis zu den Medienprivilegien für Presse- und Rundfunk: Eigenständiger Auffangtatbestand und Fortbestand der Regelungen für die klassischen Leitmedien . . . . .	307
d) Zusammenfassung . . . . .	309
5. Herausforderungen bei der normativen Verankerung der strukturmerkmalsbezogenen Abgrenzung . . . . .	310
a) Äußerungsrecht als Umsetzung des Art. 85 DSGVO? . . . . .	310
b) Möglichkeiten des gesetzgeberischen Zugriffs auf die zu privilegierenden Verarbeitungen: „Kleine Lösung“ statt Bereichsausnahme . . . . .	310
aa) „Große Lösung“ in Form einer Bereichsausnahme . . . . .	311
bb) „Kleine Lösung“: doppelte Rechtfertigungsbedürftigkeit der einzelnen Ausnahmen . . . . .	311
cc) Stellungnahme . . . . .	311
c) Formulierung und notwendige Reichweite der Freistellungsklausel . . . . .	313
aa) Welche Teilbereiche des Datenschutzrechts muss ein strukturmerkmalsbezogenes Medienprivileg aufgreifen?	313
bb) Der Reformvorschlag des <i>DAV</i> . . . . .	314
cc) Kritik am Vorschlag des <i>DAV</i> . . . . .	315
(1) Unnötig komplizierte Bestimmung des Anwendungsbereichs in Abs. 1 und 2 . . . . .	315
(2) Datenschutzinterne Rechtmäßigkeitsabwägung nach äußerungsrechtlichen Maßstäben . . . . .	317
(3) Doppelter Abwägungsvorbehalt bei den Betroffenenrechten . . . . .	319

(4) Keine Bezugnahme auf die gestufte Verantwortlichkeitskonzeption . . . . .	320
(5) Fazit . . . . .	320
dd) Eigener Reformvorschlag . . . . .	321
(1) Erster Schritt: Anpassung der bestehenden Vorschriften . . . . .	321
(2) Zweiter Schritt: Standort des Auffangprivilegs – Medienrecht der Länder statt Wirtschaftsrecht des Bundes . . . . .	323
(3) Dritter Schritt: Formulierung des Auffangprivilegs	327
IV. Fazit . . . . .	329
C. Exkurs: Möglichkeit einer Befreiung über Art. 85 Abs. 1 DSGVO . . .	329
I. Art. 85 Abs. 1 DSGVO als Öffnungsklausel für niedrigschwellige Kommunikationsvorgänge . . . . .	330
1. Art. 85 Abs. 1 DSGVO als bloßer Anpassungsauftrag? . . . . .	330
2. Art. 85 Abs. 1 DSGVO als Öffnungsklausel . . . . .	331
a) Wortlaut . . . . .	332
b) Systematik . . . . .	332
c) Gesetzgebungshistorie . . . . .	334
d) Redaktionsversehen beim Verweis in Art. 85 Abs. 3 DSGVO	341
e) Sichtweise der deutschen Legislative und Behörden bei der Anpassung an die DSGVO . . . . .	343
3. Zwischenergebnis . . . . .	343
II. Begrenzung der Derogationsbefugnisse durch Abwägung . . . . .	344
III. Strukturmerkmalsbezogene Abgrenzung privilegierungsbedürftiger Verarbeitungen . . . . .	345
IV. Fazit . . . . .	345
Zusammenfassung in Thesen . . . . .	347
Literaturverzeichnis . . . . .	355
Sachregister . . . . .	375